

INDUSTRIE SCHAFFT ZUKUNFT

Beim Tag der Industrie skizzierte die IV den Weg für ein erfolgreiches 2040 und Lösungen für aktuelle Herausforderungen.



75
iv

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ANALYSE

Warum Genehmigungsverfahren beschleunigt werden müssen

Seite 4



JUBILÄUM

75 Jahre Industriellenvereinigung – innovativ für Österreich

Seite 6-7



STEIERMARK

Klimaschutz: Steirische Industrie ist Teil der Lösung

Seite 10

Wie Japan die Corona-Krise überwinden möchte

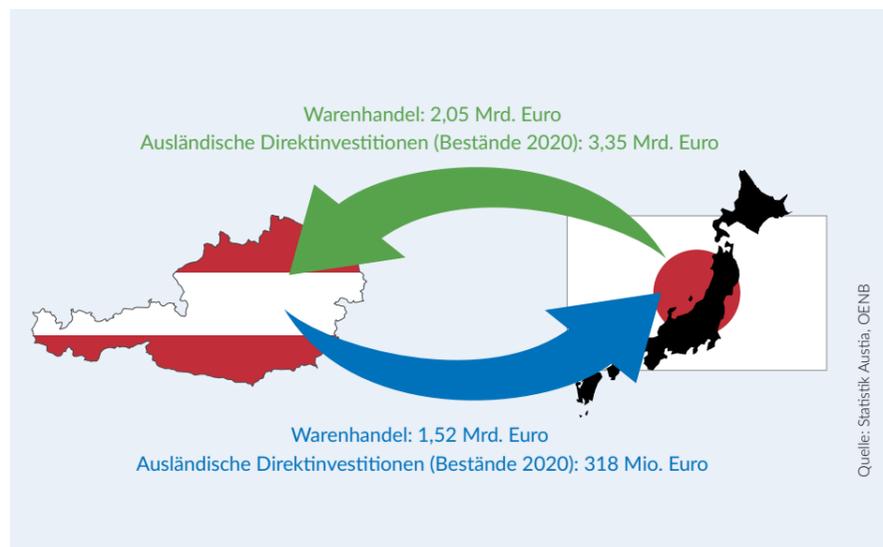


Mit gewaltigen Konjunkturpaketen stemmt sich Japan gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie – und setzt dabei auf Digitalisierung sowie umweltfreundliche Technologien.

Anfang Oktober wurde Fumio Kishida zum neuen Regierungschef Japans gewählt. Auf ihn warten große Herausforderungen. Denn auch das „Reich der aufgehenden Sonne“ wurde von der Corona-Krise nicht verschont, weder in gesundheitlicher noch in wirtschaftlicher Hinsicht. Japan fand sich in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wieder – und das unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Denn schon vor der COVID-19-Pandemie schwächelte die Konjunktur auch infolge des Handelskonflikts zwischen den beiden größten Volkswirtschaften der Welt – den USA und China. Das Virus verursachte einen massiven Wirtschaftseinbruch: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der drittgrößten Volkswirtschaft schrumpfte um 4,8 Prozent, die Staatsverschuldung beläuft sich auf geschätzte 250 Prozent des BIP.

Konjunkturpaket der Superlative

„Bekämpfe Größe mit Größe“ – was fast wie ein Lehrsatz fernöstlicher Kampfkunst anmutet, umschreibt recht treffend die wirtschaftspolitische Corona-Strategie der japanischen Regierung. So wurde im April 2020 als Antwort auf die massive Krise das bis heute größte Konjunkturpaket auf den Weg gebracht, welches das Land je gesehen hat. Über 900 Milliarden Euro sollten vor allem Familien und in Not geratenen kleineren Betrieben unter die Arme greifen.



Japan ist für Österreich nach China zweitwichtigster Handelspartner in Asien. Japanische Direktinvestitionen sichern in Österreich mehr als 6.300 Arbeitsplätze.

Japan setzt auf Nachhaltigkeit

Weitere gewaltige Ausgaben sollten im Dezember 2020 folgen. Nochmals nahm der Staat rund 317 Milliarden Euro in die Hand – die japanische Berechnung spricht unter Einbeziehung sämtlicher Anschubeffekte gar von über 580 Milliarden Euro. Der Unterschied zu vorangegangenen staatlichen Hilfsmaßnahmen war jedoch das Abzielen nicht nur auf die Sicherung von Beschäftigung und die Unterstützung von Unternehmen. Wie Europa steht auch Japan

vor historischen Aufgaben wie der Dekarbonisierung. Die Investitionen zielen daher auf die Bereiche nachhaltige Energie, Zukunftstechnologie und Digitalisierung. Unter anderem durch die Nutzung von Brennstoffzellen soll sich Japan bis 2050 in Richtung Kohlenstoffneutralität entwickeln. Als Anschlag auch für die Wasserstoff-Energiewirtschaft wird die Regierung über zehn Jahre rund 15 Milliarden Euro bereitstellen – mit einem Fokus auf wasserstoffgetriebene Mobilität bei Autos, aber auch in der Luft- und

Schifffahrt. Auch für österreichische Unternehmen können diese Investitionen eine Chance bedeuten, die zusätzlich durch das EU-Japan-Freihandelsabkommen von 2020 erhöht werden. Immerhin ist Japan für Rot-Weiß-Rot der zweitwichtigste Wirtschaftspartner in Asien und der dritt wichtigste Handelspartner Österreichs in Übersee.

Rückkehr des Wachstums, aber...

Im zweiten Quartal 2021 ist Japans Wirtschaft auf den Wachstumspfad zurückgekehrt, jedoch noch nicht mit der Kraft und Verwegenheit eines Samurai. Das Bruttoinlandsprodukt legte von April bis Juni immerhin mit einer Jahresrate von 1,9 Prozent zu. Engpässe bei Halbleitern treffen japanische Autohersteller und andere Exporteure, während es zugleich Hinweise auf eine nachlassende Konjunktur beim wichtigen Handelspartner China gibt. Erschwerend sind die massiv zunehmenden politischen Spannungen zwischen dem Reich der Mitte und den USA im südchinesischen Meer. Experten rechnen allerdings mit einer noch längeren Erholungsdauer von den wirtschaftlichen Pandemiefolgen. Für 2021 prognostiziert der Internationale Währungsfonds ein 3,25 Prozent-Wachstum. Wie stark der Aufschwung anhält, hängt allerdings von der Politik des neuen Regierungschefs ab, der für 31. Oktober eine Neuwahl angesetzt und weitere Konjunkturprogramme angekündigt hat.

GASTKOMMENTAR

Kind und Karriere – eine Ver(N)einbarkeit?

Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, bleibt eine Managementaufgabe, die sich an unzulänglichen Rahmenbedingungen abarbeitet und meist an Frauen hängen bleibt. Wäre Schweden ein Vorbild?

Jetzt also auch der ehemalige Bundeskanzler. Davor Ministerinnen und Minister in Serie. So viele Regierungsmitglieder wie noch nie werden derzeit Gründer und ziehen neben ihrer politischen Arbeit ein Start-up hoch. Eine Art Spin-off aus einer Partnerschaft. Firmenname? „Eltern KG“. Geschäftsidee? Familienleben mit Kind. Innovationsgrad? Gering (aber hohe Nachfrage). Skalierbarkeit (= Familienleben mit

Kindern)? Möglich. Hürden? Die Vereinbarkeit von Kernberuf und Herzensaufgabe.

Man muss nicht Staatenlenker sein, um spätestens bei der Frage „Baby oder Büro?“ im Alltag an Limits zu stoßen. Es sind organisatorische, finanzielle, betreuungsmäßige, emotionale Grenzgänge – und da wären dann noch x hochindividuell andere. Parallel hören die Betroffenen von Rahmenbedingungsgestaltern so lange Versprechen, Bekenntnisse und Absichtserklärungen, dass alles besser wird, bis sie selbst keine Betroffenen mehr sind, weil die Kinder längst aus dem Haus sind. Was als Erbe bleibt, sind latente Lücken im Betreuungsangebot.

Freilich hat sich vieles in den vergangenen Jahren zum Besseren entwickelt. Aber reicht das schon? Statistiken widersprechen. Das beginnt bei den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungsstätten, endet bei den Kosten und bietet dazwischen ausreichend Platz für reformbedürftige pädagogische Konzepte.

Gesellschaftspolitisch scheint man mittlerweile zur Überzeugung gelangt zu sein, dass

Familie mehr ist als eine soziale Kleineinheit, die ihre Belange intern und abseits von staatlicher Einflussnahme zu regeln hat. Der Staat will Familien unterstützen, will Voraussetzungen schaffen, die eine gleichberechtigte Arbeitsaufteilung attraktiv machen. Die Frage ist nur: Wie?

Auf der Suche nach Antworten, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Kind(ern) und Karriere gelingen kann, wird nicht selten nach Skandinavien geschickt. Schon vor einem halben Jahrhundert schwenkte beispielsweise Schweden als Folge eines akuten Arbeitskräftemangels auf einen Kurs um, der den Einstieg von Frauen in den Arbeitsmarkt gezielt förderte. Dafür wurde das Kinderbetreuungsangebot radikal ausgebaut. Die verbesserte Infrastruktur hat auch den allgemeinen Mindset geprägt: 80 Prozent der schwedischen Frauen sind erwerbstätig. In Österreich sind es im erwerbsfähigen Alter lediglich 68 Prozent. Das Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen ist in Schweden dichter und die Kosten sind im Vergleich zum Einkommensniveau niedriger. So kommt eine monatliche Ganztagesbetreuung für ein Kind auf 140 Euro, für das zweite auf 100 und für das dritte Kind auf

50 Euro, wobei Kinder zwischen einem und sechs Jahren ein Recht auf einen Betreuungsplatz haben. Die Bindung zum Arbeitgeber bleibt während der Karenz intensiv – auch finanziell. Fast alle füllen die Differenz zwischen Karenzgeld und ursprünglichem Gehalt freiwillig. Auch bei den Eltern hinterlässt das Spuren: Während laut einer Werte-Analyse der Universität Wien in Österreich 48 Prozent der Befragten finden, dass Kinder darunter leiden, wenn die Mutter berufstätig ist, liegt dieser Wert in Schweden bei nur 15 Prozent.

Wann, wenn nicht nach einer Pandemie, in der viele Frauen durch die Renaissance von Homeschooling in tradierte, überwunden geglaubte Rollenbilder zurückfielen, wäre es an der Zeit, über einen Aufbruch in neue Zeiten nicht nur zu reden, sondern auch loszumarschieren.

WEBTIPP

„Fakt & Faktor“-Abonnentinnen und -Abonnenten erhalten die wichtigsten Beiträge exklusiv vorab via Newsletter zugeschickt. www.faktundfaktor.at



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor. Wirtschaft, Wissen und Wandel“. Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

Modern ausgebaute Infrastruktur ist Basis für Wachstum und Klimaneutralität

Wie Genehmigungsverfahren beschleunigt werden sollten und warum das für die Energie- und Mobilitätswende so wichtig ist, zeigte die Fachtagung „Straße, Schiene, Strom“ im Haus der Industrie.

Bis 2030 soll Strom in Österreich zu 100 Prozent aus erneuerbarer Energie erzeugt werden. Dafür notwendig sind zusätzliche 27 Terawattstunden aus erneuerbaren Quellen – rund 50 Prozent mehr als heute. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, braucht es umgerechnet eine Verdreifachung der Windkraft, eine Verzehnfachung der Photovoltaik und eine Steigerung der Wasserkraft um 15 Prozent – und das in weniger als neun (!) Jahren. Damit ist auch klar: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn das Tempo bei Genehmigungsverfahren ebenso ehrgeizig ist wie das 100-Prozent-Ziel des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes.



Welche Rahmenbedingungen braucht eine zukunftssichere Infrastruktur? Bei der Fachtagung „Straße, Schiene, Strom“ beschäftigten sich Experten und Unternehmensvertreter – von der energieintensiven Industrie bis zu den wichtigsten Infrastrukturbetreibern des Landes – mit Lösungsansätzen. Für alle Bereiche gilt: Energiewende und Dekarbonisierung brauchen eine modern ausgebaute Infrastruktur.

Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise

Der entsprechende Ausbau der Energie-Infrastruktur – insbesondere von Stromleitungen – ist Grundvoraussetzung für Schritte in Richtung Elektrifizierung bzw. Dekarbonisierung in der Industrie. Denn die Umstellung auf strombasierte, klimafreundliche Industrieproduktion bedingt die permanente Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen in ausreichenden Mengen. Das zeigt etwa das Beispiel der geplanten Elektrifizierung der Stahlerzeugung bei der voestalpine: Bis

2030 plant das Technologieunternehmen an den Standorten Linz und Donawitz dadurch eine CO₂-Einsparung von 30 Prozent.

Die Energiewende ist aber auch eine Kostenfrage: Bereits in den vergangenen fünf Jahren sind die Netzkosten für die Industrie – etwa in Nieder-, Oberösterreich oder Kärnten – um bis zu 50 Prozent gestiegen. Grund dafür sind Netz-Stabilisierungsmaßnahmen, die das Stromsystem wegen der vermehrten Einspeisung volatiler Erneuerbarer Energien stützen müssen. Für eine sichere Strom-Zukunft ist der Ausbau von Kraftwerken, Netzen und Speichern entscheidend.

Mehr Rechts- und Planungssicherheit für Projektwerber

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist entscheidender Antrieb für die Mobilitätswende. Neben notwendiger Verkehrsrouten für eine Exportnation geht es auch um den Ausbau von E-Ladestationen oder den Umstieg in Richtung nachhaltiger Transport per Bahn.



V.l.n.r.: ASFINAG-Vorstand Hartwig Hufnagl, ÖBB-CEO Andreas Matthä, APG-Vorstand Gerhard Christner und IV-Chefökonom Christian Helmenstein: Genehmigungsverfahren beschleunigen, Wirtschaftsstandort stärken, Energiewende ermöglichen.

Die Umsetzung all dieser wichtigen Straßen-, Schienen- und Strominfrastrukturprojekte ist daher auch ein Schlüssel für wirksamen und zukunftsfähigen Klimaschutz. Dafür müssen diese Vorhaben aber zeitgerecht umgesetzt werden, was bisher nicht der Fall ist. Zwischen 2014 und 2018 hat sich die durchschnittliche UVP-Verfahrensdauer

verdoppelt, während die Zahl der Anträge um die Hälfte zurückging.

Die Industrie plädiert daher für mehr Rechts- und Planungssicherheit für Projektwerber. Handlungsbedarf gibt es beim Allgemeinen Verwaltungsverfahren-, Umweltverträglichkeitsprüfungs- und bei den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten. Insbesondere muss das missbräuchliche Verschleppen von Verfahren verhindert werden. Zahlreiche weitere Vorschläge liegen seit geraumer Zeit am Tisch und müssen dringend umgesetzt werden. Die Nutzung des genau für solche Projekte gedachten Standort-Entwicklungsgesetzes sollte parteiübergreifend politisch unterstützt werden.

Denn, ob als Ermöglicher der Energiewende oder zentraler Antrieb für die Mobilitätswende: Eine zukunftsfähige und resiliente Infrastruktur ist essenziell für die gedeihliche Entwicklung des Wirtschafts- und Industriestandortes.

Gamechanger Digitalisierung: Gemeinsam die digitale Transformation vorantreiben

Wie Chancen der Digitalisierung genutzt und Technologiekompetenz gestärkt werden können, war beim 3. Hochschulpolitischen Dialog ebenso Thema wie die Frage der strategischen Partnerschaft von Wissenschaft und Wirtschaft.

Um den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu verstärken, lud die IV mit der TU Austria (TU Wien, TU Graz und Montanuniversität Leoben) zum 3. Hochschulpolitischen Dialog. Das Thema lautete: „Gamechanger Digitalisierung“. Dabei diskutierten im September Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen und Hochschulen über Erfolgsfaktoren und notwendige Rahmenbedingungen für einen gelungenen Einsatz von Digitalisierung, auch bei der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft.

Digitalisierung muss Teil der DNA Österreichs werden

Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten die verstärkte Nutzung der Chancen der Digitalisierung und die Stärkung der Technologiekompetenz als zentrale Ziele. Dazu gehören auch der Aufbau von Datenräumen und der Austausch von Daten als wesentliche Wettbewerbsfaktoren in Wissenschaft und Industrie. Österreich ist hier auf einem guten Weg mit der Teilnahme

am europäischen Datenraum GAIA-X und der Fokussierung auf MINT-Qualifikationen (z.B. durch die MINT-Roadmap und MINT-Regionen).

Internationale Wettbewerbsposition durch proaktiven Wissens- und Technologietransfer

Weiteres Thema war, wie „innovative Ökosysteme“ gestärkt werden können. Innovationen sichern die internationale Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie und treiben die digitale Transformation voran, entstehen jedoch nicht im luftleeren Raum. Vielmehr ist hier die enge Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Industrie gefragt, wie auch am internationalen Beispiel des Campus der RWTH Aachen aufgezeigt wurde. Ebenso wichtig ist das Forcieren eines proaktiven Wissens- und Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in den Leistungsvereinbarungen der Universitäten 2022 bis '24 und die Umsetzung der Exzellenzinitiative, bei der Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung zusammengedacht werden sollen. Conclusio: Um die Chancen der digitalen



Beim Hochschulpolitischen Dialog diskutierten (v.l.n.r.): Thomas Plank (Tributech Solutions GmbH), Harald Kainz (TU Graz), Stefanie Lindstaedt (TU Graz & Know-Center GmbH), Günther Schuh (RWTH Aachen Campus GmbH), Elisabeth Engelbrechtmüller-Strauß (Fronius International GmbH), Bundesminister Heinz Faßmann (BMBWF), Sabine Seidler (TU Wien), Barbara Sanchez-Solis (Zentrum für Forschungsdatenmanagement der TU Wien), Wilfried Eichlseder (TU Austria & Montanuniversität Leoben), Georg Knill (Industriellenvereinigung)

Transformation zu nutzen, braucht es die strategische Partnerschaft von Wissenschaft und Wirtschaft, Fokus auf den MINT-Nachwuchs und den Aufbau von Datenräumen.

WEBTIPP

Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter: www.iv.at

Ökosoziale Steuerreform: Zentrale Industrie-Anliegen verankert

Wo die ökosoziale Steuerreform notwendige Schritte in Richtung Entlastung setzt und warum es so wichtig ist, die Eigenkapitalbasis der Unternehmen weiter zu stärken.

Entlastung für arbeitende Menschen und Unternehmen; keine zusätzliche Belastung für Betriebe, die bereits in das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) einzahlen sowie eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Die IV hat sich dafür eingesetzt, dass wichtige Anliegen der Industrie bei der ökosozialen Steuerreform der Bundesregierung verankert wurden: Für Unternehmen soll die schrittweise Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) – die erste seit 16 Jahren – auf 23 Prozent ab 2024 den Steuerdruck um 700 Mio. Euro mindern. Auch der vorgesehene Investitionsfreibetrag mit Ökologisierungskomponente erhöht die Investitionskraft mit einem Volumen von 350 Mio. Euro. Beide Maßnahmen stärken Arbeitsplätze in Österreich.

Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit kombiniert

Ein weiterer Vorschlag der Industrie, der aufgegriffen wurde, ist ein Mitarbeiter-Gewinnbeteiligungsmodell bis zu 3.000 Euro steuerfrei pro Jahr und Beschäftigtem. Damit wird der Faktor Arbeit mit 100 Mio. Euro zielgerichtet entlastet. Klar positiv bewertet die Industrie zudem die Senkung der zweiten und dritten Einkommensstufe bei der



Lohnsteuer, die mit einem Volumen von 3,9 Mrd. Euro den größten Brocken des Reformvorhabens ausmacht.

Wesentlich war für die IV zudem, dass Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit auch für energieintensive Unternehmen klug kombiniert wird. Vorgesehen ist nun ein Abwanderungs- und Verlagerungsschutz (Carbon Leakage) für besonders CO₂-intensive

Unternehmen, wie er in Deutschland bereits im Oktober eingerichtet wurde sowie eine Härtefallregelung für Nicht-EU-ETS-Unternehmen. In Österreichs größtem Nachbarland greifen seit Oktober zwei Mechanismen, die eine Doppelbesteuerung von EU-ETS-Unternehmen verhindern. Bei der Umsetzung wird entscheidend sein, dass kein bürokratischer Mehraufwand für Unternehmen entsteht. Die Einführung

einer CO₂-Bepreisung ab 2022 war bereits im Regierungsprogramm vorgesehen. Dass sich Österreich hier ebenfalls am wichtigsten Handelspartner orientiert und diesen keinesfalls übertreffen sollte, hatte die IV im Vorfeld gefordert. Die Einnahmen sollen in Form eines regionalen Klimabonus an alle Bürger rückerstattet werden.

Weitere Eigenkapitalstärkung notwendig

Wie sieht die Industrie die Reform? Grundsätzlich hat die Bundesregierung ein ausgewogenes Paket vorgelegt, dessen Erfolg naturgemäß von der konkreten Umsetzung abhängt. Hier wird sich die Industrie intensiv einbringen. Entscheidend ist aber auch, dass der Kurs der Entlastung fortgesetzt wird. Denn gerade die klimapolitische Transformation erfordert kräftige Investitionen seitens der Industrie. Die im Regierungsprogramm festgeschriebene KöSt-Senkung auf 21 Prozent wäre dafür ebenso die richtige Maßnahme wie die Einführung fiktiver Eigenkapitalzinsen als Betriebsausgabe. Das würde die Eigenkapitalbasis der Unternehmen aufpolstern. Zudem plädiert die IV für eine Behaltfrist bei der Kapitalertragsteuer, gerade mit Blick auf die langfristige private Pensionsvorsorge.



TRIGOS 2021: Drei Industrieunternehmen auf dem Siegerpodest

Gesellschaftliche Verantwortung stärkt Standortqualität und Zukunftsfähigkeit. Das zeigen heimische Unternehmen eindrucksvoll.

Nachhaltigkeit und Verantwortung sind bei Unternehmen ein selbstverständlicher Teil des Geschäftsmodells. Was nach einem vielgehörten Stehsatz klingt, stellen Industrieunternehmen kontinuierlich unter Beweis. Drei von ihnen wurden mit dem TRIGOS 2021 – Österreichs renommiertestem Preis für zukunftsfähiges Wirtschaften – ausgezeichnet. In der Kategorie „Vorbildliche Projekte“ überzeugte Greiner Packaging International mit der Initiative „Schulmilch-Loop“ und einem Joghurtbecher, der zu 100 Prozent aus Recyclingmaterial besteht. In der Kategorie „MitarbeiterInnen-Initiativen“ gewann das Maschinenbau-Unternehmen Fill mit der Lernwerkstatt „Fill Future Lab“, wo mit Medientechnik, Virtual Reality oder Robotern experimentiert werden kann,

sowie mit der virtuellen Lehrlings-Challenge, die die Lehrlinge während des Lockdowns mit einem didaktischen Konzept optimal auf den Lehrabschluss vorbereitete. Für ihre zentrale Gebäudeleittechnik und die Forcierung von Clean Production wurde EVVA Sicherheitstechnologie in der Kategorie „Klimaschutz“ ausgezeichnet. Beim Experten für Zutrittsysteme heizt und kühlt eine künstliche Intelligenz, zudem steigert EVVA stetig die Produktion ohne Öl, Emulsionen oder Wasser. Die IV gratuliert den Gewinnern sowie den Nominierten des TRIGOS sehr herzlich!

WEBTIPP

Alle Informationen finden Sie unter:
www.trigos.at



Alle Gewinner des TRIGOS 2021 (v.l.n.r.): Ehrenpreisträger Reinhard Schneider (Werner & Mertz), Maria Bödecker (Reinsaat), Georg Strasser und Stefanie Krenn (Too Good To Go), Martin van Berkum (EVVA Sicherheitstechnologie), Helmut Reckziegel (Greiner Packaging International), Günter Redhammer (Fill) und Marissa Florian (plasticpreneur)

Wildganspreis an Andrea Grill verliehen

Seit 1962 zeichnet eine unabhängige Jury Schriftsteller aus, deren Werk von hervorragender Relevanz für die literarische und gesellschaftliche Korrelation unserer Zeit ist.

Im September wurde die oberösterreichische Schriftstellerin Andrea Grill mit dem „Literaturpreis der Österreichischen Industrie – Anton Wildgans“ 2021 ausgezeichnet. Bei der Preisverleihung betonte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer, dass es „nicht nur die Schriftstellerin Andrea Grill gibt, sondern auch die Wissenschaftlerin, Linguistin und Biologin, die es gewohnt ist, den Dingen auf den Grund zu gehen“. Damit verkörpere sie „die Verbindung zwischen Wissenschaft,

Forschung und kreativem Schaffen. Und genau dafür steht auch die österreichische Industrie, als Forschungs- und Innovationsmotor, als Technologietreiber, als kreativer Problemlöser.“ Grill bezeichnete die Auszeichnung als „schöne Überraschung“. Überraschungen bestünden für Dichter vor allem aus „Worten, Klängen, unverbrauchten Sätzen, die uns die Welt neu denken lassen, wie ein kühles Eis an einem heißen Tag, das wir unbedingt essen müssen, bevor es uns in den

Händen schmilzt und auf den Boden tropft“, so die Autorin, für die die Sprache eng verknüpft, wenn nicht sogar gleichbedeutend mit dem Begriff der Freiheit ist. Der Wildganspreis gehört zu den renommiertesten österreichischen Literaturpreisen. Unter den Preisträgerinnen und Preisträgern befinden sich eine Reihe von prominenten Autorinnen und Autoren der Zweiten Republik wie Ingeborg Bachmann, Michael Köhlmeier, Arno Geiger, Sabine Scholl oder Daniel Kehlmann.



75 JAHRE INDUSTRIELLENVEREINIGUNG: INNOVATIV FÜR ÖSTERREICH

Die Industriellenvereinigung feierte am Tag der Industrie ihr 75-jähriges Jubiläum. Seit 1946 vertritt sie als freiwilliger, unabhängiger Verband die Interessen der Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Aktuell repräsentiert sie rund 4.800 Mitgliedunternehmen, die für rund 1 Million Beschäftigte aus produzierendem Bereich, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Infrastruktur

und industrienaher Dienstleistung stehen. „Wir waren nie ‚nur‘ eine klassische Interessenvertretung. Heute wie damals haben wir stets das große Ganze im Blick, schauen über den Tellerrand und sind Vor-denker, wenn es um Megatrends und große Zukunftsfragen geht“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Das zeigt sich auch an der neuen Industriestrategie mit Empfehlungen bis 2040.

Mehr Industrie = mehr Zukunft

Die Leistungen des Produktionssektors und der mit ihm verbundenen Bereiche für Österreich und die Gesellschaft werden immer wichtiger. Beim Tag der Industrie zeigte die IV, wie die Herausforderungen der Zukunft – von der klimapolitischen Transformation über Digitalisierung und Innovation bis Qualifizierung – erfolgreich bewältigt werden können.

Das Österreich – entgegen dem europäischen Trend – ein modernes Industrieland ist, macht sich für Wertschöpfung und Arbeitsplätze bezahlt. Von dreieinhalb Euro, die in Österreich erwirtschaftet werden, stammt ein Euro direkt aus der Industrie. Zum Vergleich: In Großbritannien ist dies nur jedes fünfte Pfund, in Frankreich sogar nur einer von fünfeinhalb Euro. Zusätzliche Effekte für die Wertschöpfung generieren die bedeutenden industrienahen Dienstleistungen. Und trotz der schwersten Wirtschaftskrise der Neuzeit bietet die Industrie in Österreich aktuell um 15 Prozent mehr Arbeitsplätze als noch vor zehn Jahren. Der Produktionssektor steht heute für mehr als eine Million Arbeitsplätze, gemeinsam mit industrienahen Dienstleistungen sogar für mehr als die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse und 55 Prozent aller Löhne und Gehälter. „Auch der Aufschwung, den wir erleben, ist industriegetragen. Denn der Anteil von Produktion und unternehmensnahen Dienstleistungen am Wachstum liegt bei rund zwei Drittel“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. Umso wichtiger ist für die Industrie, dass sie für ihre unverzichtbaren Leistungen für Österreich bestmögliche Rahmenbedingungen erhält, allen voran steuerliche Entlastung – die im Oktober präsentierte ökosoziale Steuerreform setzt hier notwendige Schritte (siehe Seite 3 und 5).

Industriestrategie denkt bis 2040 vor

Beim diesjährigen Tag der Industrie unternahm die Industriellenvereinigung deshalb nicht nur einen Rückblick auf ihre 75-jährige Geschichte und eine Bestandsaufnahme der Industrieleistungen für Österreich, sondern präsentierte mit ihrer neuen IV-Industriestrategie 2040 auch die Wegmarken für die künftige Entwicklung. Dass die Empfehlungen der Strategie den Zeitraum bis 2040 abdecken, hat einen klaren Grund, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer: „Wir müssen weit über die nächsten Jahre

hinausdenken. Unser Erfolg ist kein Selbstläufer, sondern braucht eine kluge, weitsichtige Standortpolitik.“

Innovation, Technologie, Qualifizierung und Digitalisierung sind dabei wichtige Säulen eines auch künftig wettbewerbsfähigen Industrielandes Österreich 2040. Vor diesem Hintergrund formuliert die IV-Strategie sieben Visionen und Kernziele für die Zukunft (siehe Seite 7). Sie umfassen sowohl die Stärkung des Unternehmertums und unternehmerischer Werte („Um zu den Weltbesten zu gehören, werden unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität gemeinsam gelebt und gestärkt.“), als auch klare Schwerpunkte in der Bildung – der Fachkräftemangel bleibt die Top-Herausforderung für die Industrie („Die Begeisterung für Technik, Informatik und Naturwissenschaften wird bereits im Laufe der Schulzeit geweckt und macht Österreich zum Land der Technikerinnen und Techniker.“). Klar ist für die IV auch, dass es zur einer Reindustrialisierung Europas im globalen Wettbewerb

„Unser Erfolg ist kein Selbstläufer, sondern braucht eine kluge, weitsichtige Standortpolitik.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

keine Alternative gibt. Daher gilt: „Wir entwickeln Europa zu einem modernen Industriekontinent. Europa ist ein starker Player auf der Weltbühne. Kluge Investitionen in Schlüsseltechnologien wie etwa künstliche Intelligenz machen uns zu Pionieren.“ Ziel

muss es laut IV sein, Österreich schon bis 2030 unter die Top-3-Digitalisierungsvorreiter in Europa zu bringen.

„Klimapolitik ist Standortpolitik und umgekehrt – hier muss man einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Klimapolitik ist Standortpolitik

Auch weitere Internationalisierung und das Nutzen geografischer Stärken sind klare Ambitionen der Industriestrategie („Österreich pflegt hervorragende Beziehungen und vertrauensvolle Partnerschaften im europäischen und internationalen Raum, insbesondere zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa“). Klare Positionen gibt es auch beim Thema Klimaschutz. Hier setzt die Industrie voll auf Innovationen und „Tech for Green“: „Die Industrie ist smart und green – mit Erfindergeist und ohne Verbote haben wir die Energiewende geschafft“, lautet die IV-Vision. Schon bisher zeigt sich: Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, sondern Vorreiter. Die österreichische Papierindustrie hat etwa ihre CO₂-Emissionen pro Tonne Papier seit 1990 um 40 Prozent reduziert. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. IV-Präsident Georg Knill betont in diesem Zusammenhang: „Klimapolitik ist Standortpolitik und umgekehrt – hier muss man einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen,

der die Industrie als das mit einbezieht, was sie ist: Ein wichtiger Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel, der nachhaltig nur durch Innovation und technologische Durchbrüche, wie sie vor allem in der Industrie erzielt werden, zu gewinnen sein wird. Wer die Industrie stärkt, der stärkt auch den Klimaschutz.“ Die avisierte steuerliche Entlastung sei der Schlüssel, um Investitionen für die klimapolitische Transformation bewältigen zu können.

Weichen jetzt stellen

Wichtiges Anliegen der IV-Strategie ist auch eine massive Entbürokratisierung für Menschen und Unternehmen durch digitale staatliche Services. „Behördenwege sind vollständig digitalisiert und können durch Werkzeuge wie den fälschungssicheren elektronischen Identitätsnachweis rasch und effizient in Sekunden von überall auf der Welt erledigt werden“, so die Vision der Industriestrategie 2040. Übersehen wird in der Zukunftsstrategie auch nicht die gesellschaftspolitische Dimension, die von der IV bei ihren Aktivitäten stets mitgedacht wird: „Unsere Kinder wachsen in einem modernen Staat auf, der verantwortungsvoll mit Steuergeld umgeht. Fairness und Nachhaltigkeit werden durch ein beitragsorientiertes Pensionssystem sowie neue Anlageformen für die private Altersvorsorge gesichert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch eine Beteiligung der Unternehmen und einen Ausbau der Kinderbetreuung gelungen.“ Umso wichtiger ist es, frühzeitig die Weichen für Österreichs Erfolgsgeschichte in der Zukunft zu stellen: „Wenn wir auch in 10, 20 oder 50 Jahren noch erfolgreich sein wollen, wenn wir die Zukunft für kommende Generationen positiv gestalten wollen, dann geht das nur mit Rahmenbedingungen, die es ermöglichen – und mit Menschen, die das können. Es liegt jetzt an uns, die Weichen zu stellen, damit wir mehr aus der Zukunft machen können“, so IV-Präsident Knill.

Weitere Informationen, Bilder und Videos über den Tag der Industrie sowie die IV-Industriestrategie finden Sie unter:

www.iv.at

4K UHD 3...2...1...1...1...2...3 00:35:02



75 INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG



7 KERNZIELE & VISIONEN DER IV-INDUSTRIESTRATEGIE AUF EINEN BLICK

Die IV hat im vergangenen Jahr einen breiten Prozess unter Einbindung von mehr als 900 IV-Mitgliedern gestartet, an dessen Ende eine IV-Industriestrategie steht. Diese gliedert sich in drei Teile und thematisiert kurz-, mittel- und

langfristige Maßnahmen, um die besten Rahmenbedingungen für einen starken Standort Österreich zu schaffen. Der beim Tag der Industrie präsentierte dritte Teil formuliert 7 Zukunftsvisionen für einen nachhaltig erfolgreichen Wirtschaftsstandort Österreich:

1. Die Industrie ist für die Menschen da.
2. Wir gestalten mit Innovation die grünen Lösungen der Zukunft.
3. Wir leben in einem Land der Unternehmerinnen und Unternehmer.
4. Wir fördern die Menschen.
5. Wir ergreifen die Chancen der Digitalisierung.
6. Wir schaffen für unsere Kinder eine faire Welt.
7. Wir entwickeln Europa zu einem modernen Industriekontinent.

Industrie würdigt Spitzenleistungen von Pädagoginnen und Pädagogen

Bereits zum neunten Mal prämierte die IV mit dem IV-Teacher's Award die besten Lehrerinnen und Lehrer des Landes.

Begeisterte und leidenschaftliche Pädagoginnen und Pädagogen haben eine Schlüsselrolle im gesamten Bildungsgeschehen und entscheidenden Einfluss auf Lernfortschritt und Bildungsqualität – vom Kindergarten bis in die Schule. Um diese Leistungen anzuerkennen und wertzuschätzen, zeichnet die Industrie bereits seit 2008 herausragende pädagogische Leistungen mit dem IV-Teacher's Award aus.

Für engagierte Pädagoginnen, Pädagogen und Teams in Elementarbildungseinrichtungen und Schulen war die Bewerbung heuer in vier Hauptkategorien sowie der einmaligen Sonderkategorie „Lehren und Lernen in Corona-Zeiten“ möglich. Bei einer Gala im Haus der Industrie wurden im September die Preisträgerinnen und Preisträger aus über 107 Einreichungen im Beisein von Iris Rauskala BM a.D. und IV-Präsident Georg Knill ausgezeichnet.



DIE PREISTRÄGERINNIEN UND PREISTRÄGER JUBELN MIT BM A.D. IRIS RAUSKALA UND IV-PRÄSIDENT GEORG KNILL.

Für die IV ist der Teacher's Award, der heuer erneut in Kooperation mit der Initiative NEU-START SCHULE umgesetzt wurde, nicht nur eine Maßnahme hin zu mehr Exzellenz und Qualität im Bildungssystem, sondern auch ein klares Signal der Dankbarkeit und Wertschätzung. Wieder vermehrt junge Menschen für dieses wichtige Berufsfeld zu gewinnen, ist dabei ein erklärtes Ziel. Kritik und geringe Wertschätzung prägen bedauerlicherweise immer noch das Bild des pädagogischen Berufs. Zu Unrecht, wie die Preisträgerinnen und Preisträger eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben und wofür ihnen Dank und Anerkennung, nicht nur von Seiten der österreichischen Industrie, gebühren.

INFORMATION

Weitere Informationen über den IV-Teacher's Award, die Gewinner und die spannenden Projekte finden Sie unter: www.teachersaward.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

Staffelübergabe bei IV-Plattform für Familienunternehmen

Seit 2013 beschäftigt sich eine Plattform in der Industriellenvereinigung mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Anliegen von Familienbetrieben. Beim jüngsten Treffen im September übergab Paul Senger-Weiss nach acht Jahren den Vorsitz an Anette Klinger, der Geschäftsführerin von Internationales Fensternetzwerk (IFN). Das 1931 gegründete Familienunternehmen mit Sitz in Traun, zu dessen bekanntesten Marken Internorm zählt, beschäftigt annähernd 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die aktuellen Schwerpunkte der Plattform sind vielschichtig: Von attraktiven Rahmenbedingungen für den Aufbau von Eigenkapital über Bürokratieabbau, Erbrecht neu, Mitarbeiterbeteiligung in Familienunternehmen und der Novelle des Privatstiftungsrechtes reicht das Arbeitsspektrum bis zu Themen rund um die Unternehmensnachfolge und Betriebsüber-

gaben. Nach wie vor ist Österreich ein Land der Familienunternehmen, rund 90 Prozent der heimischen Betriebe zählen laut EU-Definition zu dieser Kategorie. Für die Mitglieder der Plattform ist klar: Es sind die Familienunternehmen, die den Standort für die nächsten Generationen absichern. Sie werden nicht durch Quartalsberichte getrieben, sondern denken in Generationen. Senger-Weiss zitierte dazu passend den englischen Staatsmann Thomas Morus: „Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme.“



Tag der Wissenschaftsolympiaden würdigt exzellente Leistungen

Das Bildungsministerium hat gemeinsam mit Wissenschaftsfonds (FWF) und IV den Tag der Wissenschaftsolympiaden ins Leben gerufen. Die Initiative macht Spitzenleistungen von Schülerinnen und Schülern für die Öffentlichkeit sichtbar sowie bekannt und wird künftig jährlich stattfinden.

Im September wurden die österreichischen Delegationen der Wissenschaftsolympiaden bei einem festlichen Empfang im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung von Bundesminister Heinz Faßmann, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und Sektionschefin Doris Wagner geehrt.



Die Schattenseite der künstlichen Intelligenz: Deepfakes als Milliardenrisiko für die Versicherungswirtschaft

Der erste bekannte Versicherungsfall unter Nutzung künstlicher Intelligenz hat beträchtlichen Schaden angerichtet.

Der CEO-Fraud oder auch Fake President-Betrug hat unzähligen Unternehmen hohe Geldbeträge gekostet. Durch interne Kontrollsysteme wie Sensibilisierungsschulungen hat diese Form des Betrugs, bei der falsche Identitäten eingesetzt werden, jedoch an Bedeutung verloren. Durch die wachsende Schadenfrequenz bei Versicherern durch z.B. Payment Fraud stellen sich Unternehmen auf dieses Betrugsszenario jetzt ein. Was ist beim ersten bekannten Schadensfall, bei dem Täter künstliche Intelligenz genutzt haben, passiert? Der Täter simulierte mithilfe einer Stimmimitationssoftware die Stimme des Chefs. Neben der Zahlungsanweisung per E-Mail gab der vermeintliche Geschäftsführer die Anweisung auch noch telefonisch – diese überwand das Misstrauen des Mitarbeitenden. Das Geld konnte nicht zurückgeholt werden.

Täter können den Betrug auf diese Weise beliebig fortentwickeln. Neben Stimmimitationssoftware können durch künstliche Intelligenz täuschend echt wirkende Videos von Personen hergestellt werden, sogenannte Deepfakes. Die Herstellung eines Deepfake ist das Auswechseln des Gesichts einer Person A gegen das Gesicht einer Person B. Dem Ergebnis liegen die Mimik, Gestik und Stimme der Person A zugrunde, zu sehen ist Person B. Die Software nutzt eine simple Technik, ihr liegt das sogenannte Deep Learning zugrunde. Dabei kommen Autoencoder zur Anwendung. Das sind künstliche neuronale Netze, die darauf spezialisiert sind, eingegebene Daten zu komprimieren und aus diesen komprimierten Daten ein möglichst realitätsgetreues Abbild des Originals herzustellen. Benötigt wird nur Videomaterial zweier Personen. Je mehr Material, desto besser die Ergebnisse, da dem Algorithmus

vielfältigere Lernvorlagen zur Verfügung stehen. Für gute Ergebnisse genügen ca. 300 Bilder. Ein einsekündiges Video liefert ca. 20 bis 30 Bilder; eine Minute etwa 1.500 Bilder. Aufnahmen öffentlicher Veranstaltungen und Social Media bieten umfangreiches Bildmaterial, oft frei verfügbar.

Letztendlich kann man jede Person Dinge sagen oder tun lassen, die sie nie gesagt oder getan hat. Erst bei sehr genauem Betrachten lassen sich diese Videos als Fake enttarnen. Neben Betrug könnten Täter mittels Deepfakes Unternehmen mit der Veröffentlichung gefakter Videos erpressen. Ein erhebliches Risiko, auch für Versicherer.

WEBTIPP

Die Langfassung des Beitrags finden Sie auf: www.iv.at



ZUR PERSON

Süleyman Yenier hat Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsrecht an der Universität Wien studiert und sammelte bereits während des Studiums erste Berufserfahrungen bei ACE Limited im Bereich Financial Lines. Nach mehreren Stationen bei internationalen Maklerhäusern übernahm er bei Funk International Austria GmbH Anfang 2020 die Leitung für Cyber, Financial Lines, Haftpflicht und Rechtsschutz.

Netzwerk: Grenzenlose Bundestagung in Krems

Nach der Absage der Bundestagung im Vorjahr konnte das Treffen in Krems heuer endlich stattfinden. Auf die Teilnehmer wartete ein dichtes Programm.

Der Auftakt der Bundestagung 2021 fand im Kloster Und in Krems statt. Nach strenger Eintrittskontrolle hatten die JI-Mitglieder viel Zeit sich auszutauschen – für die meisten ein erstes Wiedersehen nach eineinhalb Jahren und mehr. Die Begrüßungsworte der beiden Landesvorsitzenden der JI-Niederösterreich und Burgenland, Tina Glocknitzer und Steven Blaha, sowie die Grußbotschaft von

Bundesvorsitzendem Matthias Unger gaben bereits einen ersten Einblick in die Bandbreite des Mottos der Bundestagung „grenzenlos“.

Unter diesem Schlagwort sollten vor allem am zweiten Tag zahlreiche Themen beleuchtet und debattiert werden. Den knapp 150 Teilnehmern war jedenfalls anzumerken, dass es allen sichtlich Freude bereitete, dass endlich wieder ein echtes Wiedersehen jenseits von Videokonferenzen und vergleichbaren

Formaten möglich war – wenn auch unter strengsten Auflagen. Besonderer Dank erging natürlich vor allem an alle Sponsoren der Bundestagung 2021.

WEBTIPP

Weitere Fotos zur Tagung findet ihr auf der JI-Website: www.jungeindustrie.at



Comeback der Normalität

Nach der Absage der Bundestagung 2020 konnte diese nun, endlich, in Krems nachgeholt werden. Ein willkommenes Stück Normalität.



Bundesvorsitzender Matthias Unger ging in seiner Rede vor allem auf das Thema der Tagung ein, gerade Corona habe „Grenzen aufgezeigt“, erste Schritte zu einer neuen Normalität seien sehr zu begrüßen.



Astronom und Science-Buster Florian Freistetter gab einen Einblick in das „grenzenlose“ Universum und erklärte den Zusammenhang zwischen der Astronomie und Bier.



Die beiden Co-Vorsitzenden der JI-NÖ&Bgl., Tina Glocknitzer und Steven Blaha, begrüßten die Teilnehmer im Kloster Und.



Viele Mitglieder aus ganz Österreich nutzten die Chance, sich endlich wieder persönlich austauschen zu können.



Steven Blaha und Tina Glocknitzer beleuchteten mit Florian Freistetter und Matthias Unger verschiedene Facetten des Begriffs „grenzenlos“.

Ich habe mich persönlich sehr gefreut, bei der Bundestagung in Krems wieder zahlreiche JI-Mitglieder treffen und mit ihnen diskutieren zu können. Der tatsächliche Austausch über diverse Themen tut gut – es war, als wäre ein Stück Normalität zurückgekehrt. In diesem Sinne möchte ich mich auch ganz herzlich beim gesamten Team der JI-Niederösterreich und -Burgenland für eine tolle Tagung mit vielen Eindrücken bedanken!

Das Thema „grenzenlos“ ist dabei selbst wirklich grenzenlos – so ziemlich jedes relevante Thema lässt sich unter diesem Aspekt diskutieren. So sehr es z.B. in Europa keine Grenzen geben darf, braucht es doch Spielregeln, damit die Gemeinschaft auch funktionieren kann. Dasselbe gilt für den internationalen Handel oder allgemein die Weltpolitik. Wo liegen die Grenzen der internationalen Einflussmöglichkeiten Europas? Wie „grenzenlos“ sollte Forschung und Entwicklung sein dürfen, welche Grenzen akzeptieren wir als Gesellschaft? Gerade in der aktuell recht aufgeladenen Stimmung ist die Diskussion über Grenzüberschreitungen (z.B. in Notsituationen) wichtiger denn je. Diese Pandemie werden wir, wenn auch vielleicht langsamer als erhofft, hinter uns lassen. Aber die nächsten Aufgaben sind ja keineswegs kleiner, eher im Gegenteil.

Ob nun im Bereich der Klimapolitik, der Innovation oder einer Neuorientierung und -organisation der EU: Ohne, dass wir Grenzen austesten und teils verschieben, wird vieles nicht gelingen können. Die vergangenen 1,5 Jahre haben dabei gezeigt, wie viel Spaltpotenzial in unseren Gesellschaften vorhanden ist. Umso wichtiger, wenn – hoffentlich bald – noch mehr Normalität möglich ist.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



JI-SCHWERPUNKT: VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Die JI hatte Ende September die Möglichkeit, das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mit zwei Bundesministern zu diskutieren. Familienministerin Susanne Raab und Arbeitsminister Martin Kocher waren sich darin einig, dass es weitere Verbesserungen im Bereich der elementaren Bildung, von weiteren Investitionen in qualitativ hochwertige Angebote bis hin zur Aufwertung des Berufs der Elementarpädagoginnen und -pädagogen geben müsse. Klar wurde aber auch, wie komplex das Thema ist. Die Politik könne für die besten Rahmenbedingungen sorgen, Themen wie etwa die hierzulande geringe Väterbeteiligung seien aber gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die JI nutzte die Gelegenheit, um auch die Forderungspapiere der JI-Wien sowie der JI-Steiermark zum Thema zu übergeben. (Im Bild v.l.n.r.: JI-Bundesvorsitzender Matthias Unger, BM Martin Kocher, JI-Stmk.-GF Nina Zechner, BM Susanne Raab, JI-Wien-Vorsitzender Nikolaus Griller)

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Fronius International GmbH, AdobeStock, IV-Burgenland/Daniel Grossmann, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/JI-Niederösterreich, IV-OÖ/Krúgl, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/Sams, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Die steirische Industrie ist Teil der Lösung

Die IV-Steiermark präsentierte mit AK, WK, LK und ÖGB das gemeinsame Dossier „Klima, Energie und Nachhaltigkeit“.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist unbestritten eine der großen Herausforderungen unserer Zeit und ist damit in jüngster Vergangenheit zum dominierenden Thema in Politik, Medien und der Öffentlichkeit geworden. Die IV-Steiermark hat daher in enger Zusammenarbeit mit den steirischen Sozialpartnern eine gemeinsame Publikation erarbeitet, die einen Ausblick geben will, wie eine nachhaltige Zukunft in der Steiermark aussehen kann. Die einzelnen Beiträge stellen sich dabei vor allem der Frage, wie die Steiermark die heimischen Klimaziele erreichen, die globalen Klimaziele unterstützen und zugleich den sehr hart erarbeiteten Wohlstand und sozialen Frieden aufrechterhalten kann.

Ausgangssituation

Grundsätzlich zeigen nahezu alle überregionalen Analysen, dass Österreich und im Speziellen die Steiermark im Hinblick auf die Bereiche Klima, Energie und Nachhaltigkeit im internationalen Vergleich eine sehr gute Position einnehmen. Dennoch muss sich auch die Steiermark den Herausforderungen des Klimawandels und der notwendigen Transformation der Gesellschaft und Wirtschaft künftig noch intensiver stellen, denn die Ziele für 2030 sind hochgesteckt, und eine Vielzahl umfassender Maßnahmen und Investitionen wird in kurzer Zeit auf allen Ebenen getätigt werden müssen.

Egal ob sich Analysen mit der steirischen Wertschöpfung, dem Arbeitsmarkt, der Forschungstätigkeit oder den Investitionen in den Umweltschutz auseinandersetzen,

letztlich sind es der produzierende Sektor und insbesondere die Industrie, welche die Steiermark geprägt haben und nach wie vor stark prägen. Drei von vier Produkten werden exportiert, die steirische Industrie ist damit überdurchschnittlich stark international ausgerichtet und stellt sich in hohem Maß dem Wettbewerb auf globalen Märkten. Fragen der Innovation und der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit sind daher von überaus großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere auch im Bereich Klimaschutz.

In Summe ermöglicht erst das Zusammenspiel vieler Faktoren geeignete Rahmenbedingungen für einen nachhaltig erfolgreichen Wirtschafts- und Technologiestandort. Wesentlich dabei ist jedenfalls, dass in die Steiermark heute eine hochentwickelte Wirtschafts- und Wissenschaftsregion ist und die steirischen Industriebetriebe zu dieser Entwicklung wesentliche Impulse gegeben haben.

Industrie als Teil der Lösung

Bedingt durch den kleinen heimischen Inlandsmarkt haben sich viele Unternehmen mit ihren Innovationen erfolgreich auf dem Weltmarkt positioniert und gehören zu den Global Players oder haben sich als Hidden Champions in einzelnen Bereichen wie etwa bei Klimaschutztechnologien einen Namen gemacht. Die steirische Industrie, die mit ihren Betrieben nicht nur in der Steiermark, sondern in der gesamten Welt tätig ist, ist gemeinsam mit der Energiewirtschaft in vielen Bereichen technologischer Vorreiter.

Zu oft ist der Öffentlichkeit noch nicht bewusst, dass die steirischen Industrieunter-

nehmen schon seit langem zu den energieeffizientesten und umweltfreundlichsten Unternehmen der Welt gehören – sie und die mit ihnen verbundenen Sektoren leisten mit ihrer Innovationskraft einen bedeutenden Beitrag für den Klima- und Umweltschutz – in dreierlei Hinsicht:

- In kaum einem anderen Land werden CO₂-intensive Produkte, wie Zement, Stahl oder Papier, klimaschonender produziert als in der Steiermark.
- Umwelttechnologien made in Styria leisten einen wesentlichen Beitrag für Klima und Umweltschutz weltweit.
- In den Bereichen Mobilität, Kreislauf- und Energiewirtschaft zählt die Steiermark international zu den ökologischen Vorreitern.

Entkopplung von Wachstum und Energiebedarf

Zu den größten Herausforderungen hinsichtlich der Reduktion der Treibhausgase zählen einerseits die möglichst emissionsfreie Energiebereitstellung für industrielle Prozesse (zur Reduktion energiebedingter Emissionen) und andererseits der Umgang mit bislang unvermeidbaren Emissionen bei Produktionsprozessen (zur Reduktion prozessbedingter Emissionen). In der Steiermark konnte in den vergangenen Jahren ein überdurchschnittlich starkes Wirtschaftswachstum erzielt werden. Der dafür nötige Energieeinsatz konnte nahezu stabil gehalten werden. Durch Effizienzsteigerungen ist demnach eine weitgehende Entkopplung von Wachstum und Energiebedarf gelungen.

Hocheffiziente Produktion und „Carbon leakage“

Was passiert, wenn ein Unternehmen hierzulande seine Produktion schließen müsste? Höchstwahrscheinlich würde dieser Standort in ein Land ausgelagert, wo Waren kostengünstiger und mit deutlich höherem Schadstoffausstoß hergestellt werden. Dieser oft auch als „Carbon leakage“ bekannte Effekt kostet heimische Arbeitsplätze und schadet letztlich dem weltweiten Klima.

Eine solche Abwanderung der Industrie aus Österreich und somit die Verlagerung der Emissionen in andere Regionen hätte nicht nur gravierende negative Folgen für Wohlstand und heimische Arbeitsplätze, sondern auch deutlich negative Effekte auf das Weltklima. Dies bestätigt eine Studie des Instituts für industrielle Ökologie. Demnach stehen einer eingesparten Tonne CO₂ in Österreich (bei Verlagerung der Produktion ins EU-Ausland) 1,9 Tonnen zusätzlicher CO₂-Emissionen im Ausland – also fast das Doppelte – gegenüber.

Industrie stellt Fernwärme bereit

Die steirische Industrie produziert nicht nur in großem Maßstab, sie ist in den vergangenen Jahren auch zum WärmeverSORGER für einige steirische Städte und Kommunen geworden. Statt die Prozesswärme ungenutzt in Flüsse oder in die Luft abzugeben, wird sie in lokale Fernwärmenetze eingespeist. Eine Win-win-Situation für Wirtschaft und Umwelt. So werden beispielsweise mittlerweile über 25 Prozent des jährlichen Wärmebedarfs von Graz von der Papierfabrik Sappi in Gratkorn und der Marienhütte in Graz gedeckt.

Herausforderungen für die Steiermark

Trotz der sehr positiven Ausgangssituation steht auch die Steiermark vor gewaltigen Aufgaben. Gerade aufgrund der bereits erbrachten Leistungen und gemeinsamen Anstrengungen braucht es aber mehr denn je sinnvolle, wohldurchdachte und leistbare Maßnahmen für den Klimaschutz und die Energieversorgungssicherheit für alle heimischen Akteure.

Bei allen möglichen Entwicklungen darf allerdings nie aus den Augen gelassen werden, dass die Lösung der Energie- und Klimafrage – neben ökologischen und ökonomischen Kriterien – vor allem auch soziale Aspekte, sprich den Erhalt von Lebensqualität und Arbeitsplätzen berücksichtigen muss. Eindimensionale Lösungsansätze können nicht zielführend sein. Die hochgesteckten Energie- und Klimaziele können nur dann erreicht werden, wenn einerseits die Ausschöpfung aller vorhandenen Potenziale gelingt und es andererseits zu einer Reduktion des Energieverbrauchs kommt. Jedenfalls aber braucht es die langfristige und breite Akzeptanz der gesamten Bevölkerung, um die angestrebten Ziele zu erreichen und Projekte (z.B. Windparks),

Konzepte (z.B. neue Möglichkeiten im Bereich der Mobilität) oder Maßnahmen (z.B. Vorgaben im Bereich Heizsysteme) erfolgreich umzusetzen. Etliche weitere Beispiele der steirischen Sozialpartner in der gemeinsamen Publikation belegen dabei, dass die Steiermark in vielen Handlungsfeldern Antworten auf diese Frage liefern kann.

Rolle der Industrie

Der steirischen Industrie ist es in den letzten Jahrzehnten bereits gelungen, mit ihrer Innovationskraft einen bedeutenden Beitrag für den Klima- und Umweltschutz in vielen wesentlichen Bereichen zu leisten.

Die Steiermark zählt in etlichen Sektoren der Umwelttechnologie zu den Weltbesten. Unter dem Motto „Die Steiermark ist zwar zu klein, um das globale Problem allein zu lösen – sie ist jedoch groß genug erster Anbieter für entsprechende Technologien zu sein“ können steirische Energie- und Umwelttechnologien einen weltweit wirksamen Beitrag leisten und der heimischen Wirtschaft gleichermaßen nützlich sein. Damit diese Rolle der heimischen Industrie als der „Schlüsselakteur“ einer erfolgreichen Transformation zu einem klimaneutralen Energie- und Wirtschaftssystem, der

Arbeitsplätze schafft und unseren Wohlstand erhält bzw. ausbaut, nicht entscheidend gefährdet wird, sind insbesondere bei regionalen Vorgaben die nachfolgenden zentralen Aspekte und Zusammenhänge zu berücksichtigen:

- Faire Rahmenbedingungen – kein regionales Gold-Plating
- Versorgungssicherheit und Leistbarkeit von Energie – die energieintensive Produktion als wichtigen Wirtschaftszweig in der Steiermark halten
- Ein industriefreundliches Klima als Basis für heimische umweltfreundliche Produktion und ökologische Innovationen
- Investitionen in klima- und umweltrelevante Forschung, Entwicklung und Innovation
- Planungs- und Rechtssicherheit
- Rasche und unbürokratische Genehmigungsverfahren

Wesentlich dabei ist, dass in die vielen Debatten um neue und langfristig ausgerichtete Strategien im Klima- und Energie-Bereich ein ganzheitlicher Ansatz herangezogen wird. In diesen muss auch die Industrie eingebettet sein, die Garant für Wohlstand und Arbeitsplätze ist.



Lebenswerte Steiermark für unsere Kinder

Die kommenden zehn Jahre werden wohl entscheidend für unsere langfristige Zukunft sein: in der Frage der Erderwärmung und in der Frage der Entwicklung der wirtschaftlichen Basis unseres Landes. Sorgen macht mir, ob wir unseren Kindern und Enkelkindern eine lebenswerte Steiermark übergeben werden können. In ökologischer, aber auch in ökonomischer und sozialstaatlicher Hinsicht.

Die Steiermark lebt von ihrer Industrie. 35 Prozent der steirischen Wertschöpfung stammen direkt vom produzierenden Sektor. Wie sich Industrie heute hier entwickeln kann, ist für die Lebensqualität kommender Generationen essenziell. Es muss daher gelingen, der Industrie in der Steiermark, in Österreich und in Europa eine gute, nachhaltige Perspektive zu bieten. Wer soll den Wohlstand der kommenden Jahre generieren, wenn nicht die Industrie? Wer soll die Technologien gestalten, die uns im Kampf gegen den Klimawandel voranbringen, wenn nicht die Industrie?

Ein politisches Bekenntnis, das diese Rolle und den Stellenwert der Industrie zum Ausdruck bringt, ist auf Landes-, Bundes- wie auf europäischer Ebene unerlässlich. Neue legislative Regelungen im Bereich Klima und Energie müssen so ausgestaltet werden, dass sie keine neuen Belastungen für energieintensive Betriebe bringen. So können wir Arbeitsplätze und positive Klimabeiträge der Industrie zugleich sichern. Es muss uns allen bewusst sein, dass die vorgegebenen politischen Ziele mit dem derzeitigen Stand der Technologien in vielen Branchen nicht zu erreichen sind. Umfassende Treibhausgas-Minderungen werden nur über radikale Prozessinnovationen und über umfangreiche Technologie- und Infrastrukturinvestitionen gelingen. Daher braucht es investitionsfreundliche, planungssichere Rahmenbedingungen und staatliche Unterstützung – keine Behinderungen, keine Überregulierung und schon gar keine überbordenden Kostenbelastungen.

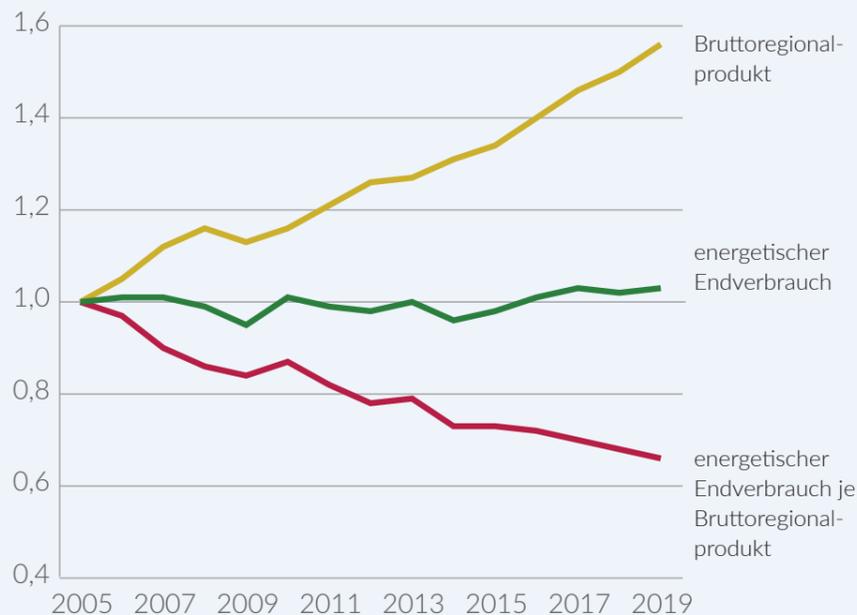
Anspruch einer verantwortungsvollen Klimapolitik muss es sein, die Industriepolitik zu integrieren. Nur so können wir verhindern, dass eine Dekarbonisierung auch zu einer Deindustrialisierung führt; dass Emissionen und gleichzeitig die Industrie aus Europa verlagert werden. Und mit der Industrie die Chance unserer Jugend auf eine lebenswerte Zukunft.

Ihr

Stefan Stoltzka,
Präsident der IV-Steiermark

Energierrelevante Indikatoren

(Entwicklung energierelevanter Indikatoren in der Steiermark, Index 2005 = 1,0)



ENTWICKLUNG ENERGIEWIRTSCHAFTLICH RELEVANTER INDIKATOREN

Die Grafik zeigt die Entwicklung dreier relevanter Indikatoren für die Energiewirtschaft in einem Diagramm. Als Bezugszeitpunkt für die nominelle Darstellung wird das Jahr 2005 herangezogen (die Werte des Jahres stellen somit 100 Prozent dar) und es werden die Entwicklungen des energetischen Endverbrauchs (EEV), der Wirtschaftsleistung des Landes Steiermark im Sinne des Bruttoregionalproduktes (BRP) sowie des energetischen Endverbrauchs je Bruttoregionalprodukt (EEV/BRP) ohne Klima- und Kaufkraftbereinigung dargestellt. Die Analyse zeigt die bemerkenswerte Entkopplung des BRP vom energetischen Endverbrauch. Im Zeitraum 2005 bis 2019 stieg das BRP um 56 Prozent, der energetische Endverbrauch stieg nur leicht um 3 Prozent, aber der spezifische Wert sank um ca. 34 Prozent.



V.l.n.r.: Bei einem Pressegespräch präsentierten Horst Schachner (Vorsitzender ÖGB Steiermark), Josef Herk (Präsident WKO Steiermark), Stefan Stoltzka (Präsident IV-Steiermark), Josef Pessler (Präsident AK Steiermark), Franz Titschenbacher (Präsident LK Steiermark) das gemeinsame Dossier.



GRAZ.ZUKUNFT DENKEN – Lösungsideen für 2026

Gemeinsam mit Mitgliedsunternehmen aus Graz und Graz-Umgebung hat die IV-Steiermark im Spätsommer eine Vision 2026 für die Landeshauptstadt Graz und damit verbunden konkrete Lösungsansätze erarbeitet.

Das Papier „GRAZ.ZUKUNFT DENKEN“ listet von Digitalisierung über Bildung bis hin zur Mobilität gezielte Maßnahmen auf, die dazu beitragen, dass Graz eine lebenswerte und wertschöpfende Stadt bleibt sowie ihre Stärken als Innovations- und Technologiestandort weiter ausbaut.

Wofür steht Graz?

Die Antwort auf diese Frage ist idealerweise mit jener auf die Frage „Wovon lebt Graz?“ zu koppeln. Graz lebt von Technologie, Innovation und Forschung. Graz lebt von seiner Industrie und den Impulsen, die sie in andere Wirtschaftssektoren gibt. Graz lebt von der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, die zum Alleinstellungs-

merkmal der Landeshauptstadt entwickelt werden kann. Graz liefert den Beweis dafür, dass Produktion und Lebenswerter, urbaner Raum keinen Widerspruch darstellen – und profitiert von der Internationalität, der Zukunftsorientierung und dem wirtschaftlichen Erfolg der Grazer Industriebetriebe.

Graz lebt vom Maschinenbau, vom Fahrzeugbau, von der Metallerzeugung, von der Elektrotechnik und der Elektronik sowie den wissenschaftlich-technischen Dienstleistungen, die mit diesen Branchen in enger Verbindung stehen. Themenfelder wie „Green Tech“, „Mobilität der Zukunft“ oder auch „Cyber Security“ haben das Potenzial, von Graz aus global gestaltet und somit zur Basis des zukünftigen Wohlstandes

von Graz und der Steiermark entwickelt zu werden.

Stärken festigen

Was Graz braucht, um in eine erfolgreiche Zukunft gehen zu können, ist ein zukunftsfähiger Rahmen für Innovation und Produktion. Und ein klares Bekenntnis dazu, vorhandene Stärken strategisch ausbauen zu wollen. Graz braucht ein klares Profil. Universitäten, Fachhochschulen und Leitbetriebe müssen in diesen Überlegungen eine zentrale Rolle spielen. Mit den Anliegen und Anregungen der Industrie aus Graz und dem Grazer Umland bringt sich die Industriellenvereinigung Steiermark anlässlich der Gemeinderatswahl 2021 in den Gestaltungsprozess der Zukunft von Graz ein.



WEBTIPP

Alle Lösungsansätze finden Sie unter: www.steiermark.iv.at

EINIGE LÖSUNGSDIENEN IM ÜBERBLICK

Zentrale Anlaufstelle und Umsetzungsunterstützer

Unmittelbar in der Stadtverwaltung ist nach dem Vorbild des Landes Steiermark ein „Key Account Project Manager“ einzusetzen. Diese von der Industriellenvereinigung Steiermark angeregte Servicestelle dient als zentrale Anlaufstelle und Umsetzungsunterstützer für Antragsteller von großen Projekten (vom Erstkontakt über Antragstellung bis zur abschließenden Genehmigung des Anliegens der Projektwerbenden). Ziel muss es sein, eine möglichst rasche Planungssicherheit für die Umsetzung von Vorhaben mit hoher Bedeutung für Graz zu gewährleisten.

Ende des Schuldenmachens im öffentlichen Haushalt

In der Budgetpolitik muss Graz sicherstellen, auch künftig in wesentlichen Zukunftsfragen gestaltungsfähig zu bleiben. Dafür braucht es ein Ende des Schuldenmachens im öffentlichen Haushalt und gleichzeitig Absicherung und Ausbau der Möglichkeiten in der Schaffung von Rahmenbedingungen, die Beschäftigung und Wohlstand in Zeiten

einer globalen und von technologischen Veränderungen geprägten Wirtschaft fördern.

Graz weiter als Hotspot in der Wasserstoff-Forschung etablieren

Wasserstoff ist ein Schlüsselement für die Speicherung und den Transport von Energie sowie zur langfristigen Dekarbonisierung von Gesellschaft und Industrie. Der Campus der TU Graz ist dabei mit HyCentA (Hydrogen Center Austria), LEC (Large Engines Competence Center) und BEST (Bioenergy and Sustainable Technologies) mit 160 Forschern nicht nur bei weitem Österreichs größtes Zentrum der Wasserstoff-Forschung, sondern ist auch in der europäischen Spitzengruppe zu finden. Darüber hinaus beschäftigt ein Grazer Unternehmen österreichweit die meisten Mitarbeiter in der Wasserstoff-Forschung. Dieses Zukunftsthema hat das Potenzial, zu einem Grazer Alleinstellungsmerkmal zu werden.

Graz und Klagenfurt als gemeinsame Region in Österreich

Die neue Grazer Stadtregierung soll unmit-

telbar nach Amtsantritt auf die Klagenfurter Stadtregierung zugehen und zu einem strategischen Prozess einladen, um die Erschließung des gemeinsamen neuen Wirtschaftsraums (Koralmtunnel) und die Rolle der beiden Landeshauptstädte zu diskutieren. Für diesen Prozess gilt es auch entsprechende Ressourcen sicherzustellen. Wie können sich die beiden Städte in der Region Südösterreich ergänzen. Welche Kompetenzen sind vorhanden? Wie können diese gemeinsam genutzt werden? Wie können Graz und Klagenfurt, die Steiermark und Kärnten die „gemeinsame Region“ in Österreich und in der Welt vermarkten?

Langfristige Aufrechterhaltung von Flugverbindungen

Die tägliche Flugverbindung nach München ist für die Internationalität der Stadt und für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen unverzichtbar. Ebenso ist die langfristige Absicherung der Flugverbindung nach Wien als Zubringerflug für die Zukunft des Standortes und für die Rolle des Flughafens Graz als Drehscheibe der Region Südöster-

reich essenziell. Die kommende Stadtregierung soll sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die langfristige Aufrechterhaltung dieser beiden Verbindungen einsetzen. Der Verlust der Anbindung an Wien würde die Attraktivität und das Image des Standortes nachhaltig beschädigen. Jede weitere direkt angebundene Destination erhöht die Attraktivität von Graz und der Steiermark für Kunden, Partner und Investoren. Und letztlich auch für den Tourismus.

Ausbau von Elementarbildungseinrichtungen

Attraktive Elementarbildungsangebote sind für eine Stadt unerlässlich und zeichnen einen modernen Lebensraum aus. Fachkräfte aus dem Umland sollen die Chance erhalten, Kinder in der Nähe zum Arbeitsplatz betreut zu wissen. Der Zugang zum städtischen Tarifsystem muss auch für Einpendler aus dem Grazer Umland ermöglicht und das Sprengelnden beendet werden. Die Anzahl an Elementarbildungseinrichtungen soll weiter ausgebaut werden und bestehende Angebote müssen ihre zeitliche Flexibilität erhöhen.